

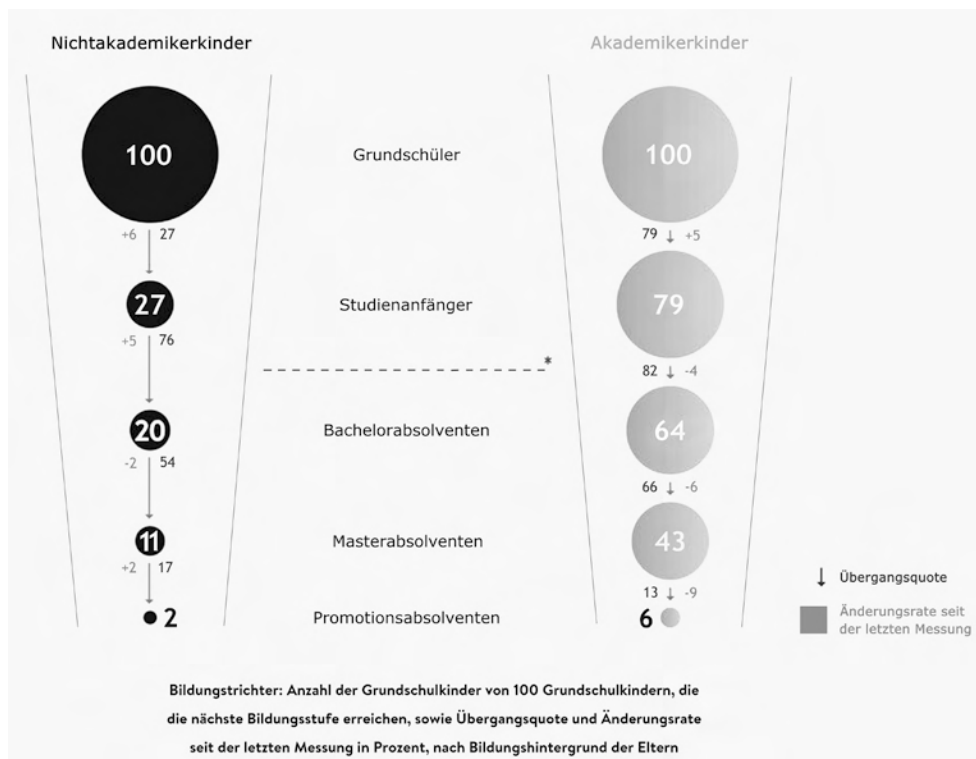


Abb. 1 Bildungstrichter Grundschule – Studium – Promotion, aus dem Diskussionspapier 2 des Stifterverbands (2021)

KOMMISSION FÜR GUTE ARBEIT IN DER WISSENSCHAFT

WAS KOSTET ES, IN DER WISSENSCHAFT ZU ARBEITEN?

Im April 2024 hat die Kommission für gute Arbeit eine Frage in die medienwissenschaftliche Community geschickt: «Was kostet es, in der Wissenschaft zu arbeiten?» Innerhalb der Kommission ist es immer wieder passiert, dass wir diese Frage etwas schief reproduziert haben, etwa als: «Was kostet es, in der Wissenschaft zu sein?» oder «Was kostet uns die Wissenschaft?» Die Pointe der Formulierung ist aber, dass die *Arbeit*, von der anzunehmen ist, dass sie Geld einbringt, ihrerseits Kosten verursacht. Genau diesen Sachverhalt hatte Thomas Waitz, von dem die Formulierung und die Initiative für die Umfrage stammen, im Sinn. Dass uns als Kommission diese Pointe immer wieder abhandengekommen ist, zeigt, dass in den Geschichten, die sich die Wissenschaft von sich selbst erzählt, Lohnarbeit und ideelle Arbeit, Beruf und Berufung verschwimmen. Über Geld wird in der Wissenschaft gesprochen, wenn es um Drittmittelinwerbungen geht. Als Professor*in hat eine*r Geld, das sie*er ausgibt. Alle anderen müssen sich durchschlagen. Das heißt: Den Lebensunterhalt unter prekären Arbeitsbedingungen sichern – ein Unterfangen, dass mit der Inflation der letzten Jahre zunehmend schwerer wird. Hinzu kommen, wie dieser Artikel zeigen soll, verschiedene auf den ersten Blick oft unsichtbare Kosten. Die Folge: Viel zu oft schaffen es nur diejenigen *in* die Wissenschaft, die finanzielle Unterstützung aus dem privaten Umfeld erhalten. So setzt sich Klassismus in seinen intersektionalen Verflechtungen fort und es kommen all diejenigen Stimmen abhanden, die zur Vollständigkeit eines wissenschaftlichen Diskurses dringend nötig wären.¹

In den Kosten der Wissenschaft materialisieren und verschränken sich Ausgrenzungserfahrungen unter anderem in den Bereichen soziale Ungleichheit, Klassismus und Rassismus.² Zugang und Verbleib in der Wissenschaft hängen

¹ Aus dem Chancenmonitor 2023 des ifo Zentrums geht hervor, dass bei einem Kind mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Einkommensviertel und mit Migrationshintergrund die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, bei 21,5 Prozent liegt. Die Gymnasialrate liegt dagegen bei 80,3 Prozent, wenn das Kind mit zwei Elternteilen mit Abitur aus dem obersten Einkommensviertel und ohne Migrationshintergrund aufwächst, vgl. Ludger Wößmann u. a.: Der ifo-«Ein Herz für Kinder»-Chancenmonitor. Wie (un-) gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt?, in: ifo Schnelldienst, Bd. 76, Nr. 4, 2023, 33–47, hier 35, [ifo.de/DocDL/sd-2023-04-freundl-et-al-chancenmonitor.pdf](https://www.ifo.de/DocDL/sd-2023-04-freundl-et-al-chancenmonitor.pdf) (20.1.2026).

² Dabei erfahren durch Rassismus Ausgrenzte auch Mehrfachdiskriminierung. Vgl. dazu u. a. Pinar Karabulut: Augenhöhe, in: Maria Barankow, Christian Baron (Hg.): *Klasse und Kampf*, Berlin 2021, 82–95, hier 82.

3 Der Bildungstrichter (vgl. Abb. 1) verdeutlicht, dass der Ausbildungs-hintergrund der Eltern entscheidend für die Bildungschancen der Kinder ist. Nur etwa die Hälfte aller Kinder von Nichtakademiker*innen tritt auf eine hochschulberechtigende Schule über; von Akademiker*innen werden 83 Prozent weitergelassen.

4 Maria Barankow, Christian Baron: Vorwort, in: dies. (Hg.): *Klasse und Kampf*, Berlin 2021, 7–12, hier 11. Vgl. dazu auch Markus Gamper, Annett Kupfer: *Klassismus*, Bielefeld 2023. Beispielhaft dafür war die Debatte um die Einführung einer Obergrenze für Schulkinder mit sogenanntem Migrationshintergrund an deutschen Schulen im Sommer 2025, in der unter anderem unterstellt wurde, diese Kinder würden andere in ihrer schulischen Entwicklung behindern. Einander überbietende rassistische und klassistische Narrative mündeten dabei in Forderungen, Kinder aufgrund ihrer vermeintlich ungenügenden Sprachkompetenzen auszuschließen. Vgl. Ryan Plocher: Karin Prien hat keinen Plan, in: *Jacobin*, 8.7.2025, jacobin.de/artikel/karin-prien-bildungsschule-obergrenze-migrationsquote (14.11.2025).

5 Julia Wasenmüller: Migrantische Selbstorganisation gegen Klassismus und Rassismus, in: Francis Seeck, Brigitte Theiß (Hg.): *Solidarisch gegen Klassismus. organisieren, intervenieren, umverteilen*, Münster 2020, 157–167, hier 160. Darin konkretisiert die Autorin zum Verhältnis von Armut, Arbeit und Rassismus: «Im Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2016 zeigt sich, dass Migrant*innen ganz allgemein in den Ankunftsändern stärker von Armut betroffen sind als Nichtzugewanderte. [...] Unbeachtet bleibt im Mikrozensus, dass auch Menschen, die seit Generationen in Deutschland leben, im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rassistische Diskriminierung erleben», ebd.

also ganz konkret vom Geld ab. Neben den finanziellen Möglichkeiten ist ein Studium, und noch mehr eine akademische Tätigkeit, für diejenigen, denen eine universitäre Laufbahn nicht in die Wiege gelegt wurde,³ auch mit psychosozialen Schwierigkeiten verbunden: «Wie entwickelt sich ein Kind, dem durch das Bildungssystem suggeriert wird, dass aus ihm eh nichts werde, während einem anderen durch seine Startposition ein Vorsprung in den Schoß fällt: durch Geld, Selbstvertrauen, die «richtigen» Sprachcodes, den passenden Habitus oder Beziehungen und Kontakte?»), fragen Maria Barankow und Christian Baron.⁴

«Geld und das Benennen von Rassismus sind Tabuthemen in Deutschland»,⁵ das gilt insbesondere auch an deutschen Universitäten. Viele, die es trotz aller Hürden aus dem (post- oder nicht-migrantischen) Proletariat, Subproletariat oder Prekariat an eine Universität geschafft haben, tragen das Gefühl mit sich, dass sie eigentlich nicht in die bürgerliche Welt deutscher Universitäten gehören, dass ihr Aufenthalt dort illegitim sei.⁶ Sie treten dementsprechend möglicherweise mit weniger Selbstverständlichkeit und weniger selbstbewusst auf,⁷ was sich auf die – in diesem prekären Arbeitsfeld der ständigen Bewerbungsgespräche notwendige – Selbstpräsentationskompetenz auswirken und das Sich-Einsetzen für die eigenen Rechte blockieren kann. Finanzielle Prekarität, ökonomische Abhängigkeit und Angst vor Arbeitsplatzverlust beschränken letztlich auch die Ausübung der Wissenschaftsfreiheit.⁸ Meritokratische Diskurse, die sich in der akademischen Welt in Begriffen wie «Bestenauslese» und «Exzellenz» niederschlagen, können diese Realität nur für diejenigen überdecken, die über die entsprechenden Möglichkeiten verfügen.

Nehmen wir all das zusammen, bleibt die Universität ein in hohem Maße von Klasse, Geld, Habitus, Herkunft, kultureller Bildung und Ungebundenheitsvorstellungen markierter Raum.⁹ Wissenschaft muss eine*r sich leisten können. Das zeigen schließlich auch die Erfahrungen der Mitglieder der Gesellschaft für Medienwissenschaft, die dem Aufruf der Kommission für gute Arbeit nachgekommen sind, in einem anonymen Verfahren davon zu berichten, was zur Ausübung ihres Berufs wie scheinbar selbstverständlich dazugehört und was stillschweigend und manchmal auch explizit erwartet wird. Wir haben gefragt, an welchen Stellen sie die Wissenschaft aus privaten Mitteln mitfinanzieren.¹⁰

Es sind 34 Antworten eingegangen. Die Berichte sind so präzise und treffend, berührend und empörend, dass wir sie hier direkt wiedergeben und nur moderierend strukturiert haben. Wir knüpfen damit nicht zuletzt an eine Reihe von Publikationen zum Thema Klassismus an, die mit autobiografischen, essayistischen Formen arbeiten, was auch als Intervention gegen akademische Standards begriffen werden kann.¹¹ Alle Zitate sind den Antworten aus der Umfrage entnommen. Sie wurden nur formal korrigiert und behutsam überarbeitet, um Anonymität zu gewährleisten. Durch diese Anonymität lassen sich weder Positionierung noch Zugehörigkeit hinsichtlich Alter, Behinderung,

Klasse, Gender, *race* und weiteren der Berichtenden bestimmen, hin und wieder wohl errahnen. Greifbar werden Klassenfragen, wenn manche Befragte einen Kredit aufnehmen müssen, um in der Wissenschaft zu arbeiten, andere sich Geld von Verwandten leihen können. Erkennbar wird auch, wie schwierig es ist, neben der Wissenschaft mit ihren prekären Arbeitsverhältnissen Verpflichtungen in der Care-Arbeit nachzukommen, die nach wie vor eng mit Genderfragen verknüpft sind.¹²

Verträge

«Der größte Kostenfaktor ist für mich, dass ich in der Vergangenheit regelmäßig beschäftigungslose Zeiten überbrücken [musste] und auch in Zukunft wieder damit rechne. Auch wenn es <nur> ein paar Monate sind, geht das total ins Geld. Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsumfang meiner Anstellung variiert: Mal sind es 50%, mal 65%, mal 100%. Der Arbeitsumfang bleibt gleich, aber die Bezahlung nicht.» Zum schwankenden Gehalt kommen zusätzlich die Lücken zwischen den befristeten Anstellungen, die schwer zu überbrücken sind: «Ich habe zwei Kredite aufgenommen, um das Konto wieder auszugleichen.» Eine 50-Prozent-Stelle reicht kaum zum Leben. «Ich bin Doktorandin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Teilzeit (50%) angestellt, was angesichts der Mietpreise vor Ort und in den letzten Jahren extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten als Einkommen sowieso schon knapp bemessen ist.» Eine Person schreibt, wie viel Gehalt das genau ist: «Meine Stelle umfasst 50%, d. h. bei meiner Erfahrungsstufe: Ich verdiene 1.200 Euro netto.» Verständnis bei den Vorgesetzten findet sich nicht. «Mein Hinweis gegenüber meinem Professor stieß auf taube Ohren. Seiner Meinung nach könne man mit einer 50% Stelle in TVL 13 <gut über die Runden kommen>.» Bei Stipendien zur Finanzierung der wissenschaftlichen Qualifikationszeit sieht es nicht besser aus (vor allem wenn die fehlenden Einzahlungsjahre in die Sozialversicherung eingerechnet werden). «1.500 Euro abzüglich Krankenkassenbeitrag ... Ohne einen Nebenjob wäre das nicht gegangen.» Da hilft kein Sparen, es geht um Armutsangst: «[I]n den letzten Monaten konnte ich mich kaum auf meine Arbeit konzentrieren, weil ich mir solche Sorgen gemacht habe, wie ich meine Miete bezahlen soll.» Andere wohnen in Verhältnissen, die noch nicht mal eine Privatsphäre erlauben: «Ich bin recht genügsam und lebe in einem Durchgangszimmer, durch das meine Mitbewohnerin, die auch meine Vermieterin ist, ungefähr alle zwei Stunden durchgeht. Ein Zimmer mit mehr Privatsphäre könnte ich mir nicht leisten.»

Arbeitgeber*innen und Stipendienvergebende scheinen implizit anzunehmen, dass es zusätzlich eine Unterstützung von Eltern oder anderen Angehörigen gibt, denn anders lässt sich nicht erklären, wie ein Gehalt, das unter der Armutsgrenze (im Jahr 2024 bei 1.300 Euro Nettoeinkommen¹³) oder auf Bürgergeldniveau liegt, zum Lebensunterhalt reichen soll. Dazu kommt das

⁶ Der Anteil von Professorinnen, die aus einem nicht-akademischen Haushalt kommen, lag 2015 bei 2 Prozent. Vgl. Christina Möller: *Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren*, Weinheim, Basel 2015. Seitdem ist allein die Zahl derer aus dem (Sub-)Proletariat, die ein Abitur absolviert haben, rückläufig.

⁷ Cynthia Cruz beschreibt ihre Scham über die Nicht-Zugehörigkeit: «On top of all this is the shame I have internalized over the years, the voices of teachers and classmates, colleagues and students, who make it clear to me, on a regular basis, that I do not belong in the world in which I now find myself.» Cynthia Cruz: *The Melancholia of Class. A Manifesto for the Working Class*, London 2021, 67.

⁸ Vgl. auch die GfM-Vorstandsmitteilung vom 7.8.2025.

⁹ Vgl. Ulrike Bergermann, Andrea Seier: *Klasse – Einleitung in den Schwerpunkt*, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft*, Jg. 10, Nr. 19 (2/2018): *Klasse/Faktizitäten*, 10–21, doi.org/10.25969/mediarep1265.

¹⁰ Vgl. GfM-Newsletter vom 26.4.2024.

¹¹ Vgl. Barankow, Baron: *Klasse und Kampf*; Julian Knop, Krischan Macioszek (Hg.): *Klassenfahrt. 63 persönliche Geschichten zu Klassismus und feinen Unterschieden*, Münster 2025. Für die soziowissenschaftliche Methode des listening, die auch für die postkolonialen Studien wichtig geworden ist, vgl. Pierre Bourdieu, Alain Accardo: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 2008 [1997].

¹² Vgl. dazu Sarah Czerney, Lena Eckert, Silke Martin (Hg.): *Mutterschaft und Wissenschaft in der Pandemie. (Un-)Vereinbarkeit zwischen Kindern, Care und Krise*, Leverkusen 2022; dies. (Hg.): *Mutterschaft und Wissenschaft. Die (Un-)Vereinbarkeit von Mutterbild und wissenschaftlicher Tätigkeit*, Wiesbaden 2020.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Im Jahr 2024 war ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht [Pressemitteilung], DeStatis, 29.1.2025, destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_036_63.html (14.11.2025).

problematische Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit: «Ich war 5 Jahre lang auf Teilzeit als Universitätslektor (d.h. nur Lehre und Studierendenbetreuung mit so gut wie keiner Möglichkeit zur forschenden Qualifikationsarbeit) angestellt und sollte in der anderen Hälfte der Zeit, die ich einen anderen Job hätte machen können, meine Promotion fortführen. So habe ich jahrelang 50 bis 60 Stunden pro Woche gearbeitet, von denen nur 20 bezahlt worden sind.» Essenzielle Teile der wissenschaftlichen Arbeit sind in den Verträgen mit der Universität nicht eingepreist. Nur etwa die Hälfte der Beschäftigten an Hochschulen haben volle Stellen,¹⁴ die meisten arbeiten trotzdem mehr als 40 Stunden in der Woche. Zudem können die in Arbeitsverträgen angegebenen prozentualen Anteile, beispielsweise für wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und andere Arbeitsbereiche, in der Realität selten eingehalten werden. «Ich bin (wie eben sehr viele) immer wieder befristet über Projekte angestellt und eigentlich habe ich meistens das Gefühl, dass ich einen unbezahlten Job in der Wissenschaft neben dem bezahlten habe (wenn ich einen bezahlten Job habe – meist in Teilzeit, obwohl ich mehr als Vollzeit arbeite). Anträge schreiben/um Stellen bewerben und für diese Projekte entwickeln oder das alte Projekt nach Ende der Laufzeit abschließen ist ja immer Gratisarbeit. Auch Publikationen erscheinen ja nicht unbedingt noch während der Projektlaufzeit, weil immer wieder Korrekturen oder eben weitere Anträge (Reisekosten, Druckkosten) notwendig werden.»

Hinzu kommt: Zwischen der Finanzierung durch eine befristete Anstellung und einem Stipendium besteht eine Zugehörigkeitsdifferenz, die auch als mangelnde Wertschätzung aufgefasst werden kann. «Man fühlt sich als Promotionsstipendiat häufig als Doktorand*in zweiter Klasse, weil manche der angestellten Doktorand*innen auf Vertretungsstellen landen oder anderweitig protegiert werden. Obwohl ich kein*e schlechtere*r Wissenschaftler*in bin als die Doktorand*innen am Institut, stehe ich leer da, was eine Anschlussfinanzierung angeht und muss wahrscheinlich einen Drittmittelantrag erarbeiten, während ich auf Bürgergeld bin.» Von einem Stipendium in die Erwerbslosigkeit zu geraten, kann heißen, kein Arbeitslosengeld zu beziehen, kein Elterngeld zu bekommen, nicht in die Rentenversicherung einzuzahlen und eher nur ein befristetes Visum statt eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten.

Pendeln und umziehen

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an verschiedenen Hochschulen können ein Pluspunkt sein, denn «Mobilität» wird von wissenschaftlichen Lebensläufen erwartet, obwohl in der Praxis die in einem Institut schon bekannten Personen größere Chancen haben, bei einer Stellenbesetzung berücksichtigt zu werden, als externe. Zugleich können häufige Stellenwechsel Berufungskommissionen auch verdächtig vorkommen – eine ambivalente Angelegenheit. Mit

¹⁴ Der Anteil der hauptberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch Beschäftigten unter 45 Jahren (ohne Professor*innen), die an deutschen Hochschulen in Teilzeit beschäftigt waren, lag 2022 bei 48 Prozent. Vgl. Konsortium BuWiK 2025 (= Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase): Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland 2025, Bielefeld 2025, 136; interaktiver Monitorbericht auch unter www.buwik.de.

befristeten Beschäftigungsverhältnissen an verschiedenen Hochschulen geht für Arbeitnehmer*innen jedenfalls die Frage einher, ob der Wohnort für drei oder vier Jahre, vielleicht auch nur eins, gewechselt werden soll. Pendeln verursacht hier hohe Kosten: «Die Uni erwartet, dass man umzieht, sodass man selbst schuld ist, wenn man diese hohen Kosten hat. Dass ständiges Umziehen aufgrund der Unsicherheit der Beschäftigung nicht immer möglich/sinnvoll ist, ist natürlich nicht Teil der Geschichte. Zudem habe ich das Gefühl, dass weiterhin davon ausgegangen wird, dass Wissenschaftler*innen wie Nomad*innen ohne soziale Eingebundenheit sind und ihr Leben für die Uni geben.» Aber auch Umzüge kosten: «Für Anstellungen habe ich mehrfach große Umzüge gemacht, weil es (gute) Stellen in unserem Beruf nicht überall gibt. Jeder Umzug hat mich bestimmt 1.000 Euro gekostet.»

Bei Wissenschaftler*innen mit Sorgeverpflichtungen hat die Frage, ob für eine neue Anstellung umgezogen werden soll oder gependelt werden kann, besonderes Gewicht: «Ich bin mit meiner Familie aufgrund meiner zeitlich befristeten Verträge schon mehrfach umgezogen. Die Kosten belaufen sich auf mehrere Tausend Euro, die Uni hat keinen Cent davon übernommen. Einen Teil kann man von der Steuer abschreiben, den Großteil musste ich selbst bezahlen. Im angloamerikanischen Raum ist es selbstverständlich, dass Umzugskosten für neue Mitarbeiter*innen übernommen werden.»

Familienangelegenheiten

Das Unterhalten von zwei Wohnsitzen verursacht hohe Kosten, und das nicht nur in finanzieller Hinsicht. «Das ist alles nur möglich, weil ich nicht alleine lebe, unsere Ansprüche nicht so wahnsinnig hoch sind und meine Partnerperson nicht in der Wissenschaft arbeitet.» Partner*innen finanzieren die Arbeit in der Wissenschaft gewissermaßen mit. «Mittlerweile habe ich ein Arbeitszimmer, was ich lange Zeit als Luxus empfunden habe. Mir geht es seitdem psychisch viel besser. Ich kann mir den zusätzlichen Raum nur leisten, weil ich mit meinem Partner zusammenlebe, der ein stabiles Einkommen hat.» Die Beziehungen, die durch Pendeln aufrechterhalten werden sollen, werden dadurch zugleich belastet. Mitunter entsteht eine eigene Kultur der Sozialbeziehungen, die mit weiteren Verpflichtungen einhergehen kann: «Ich beherberge die Bekannte, bei der ich am Arbeitsort unterkomme, im Gegenzug in meiner Wohnung an meinem Wohnort.»

Auch die Herkunftsfamilie finanziert die wissenschaftliche Arbeit unter Umständen mit: «Ich habe mir von Verwandten Geld ausgeliehen; immerhin habe ich diese Möglichkeit, viele haben sie nicht.» In der Wissenschaft zu arbeiten, ist eine Klassenfrage. Und auch Wissenschaftler*innen haben Fürsorgepflichten, die mit «beachtlichen Aufwendungen» verbunden sind, z. B. der Organisation und Finanzierung von «Kinderbetreuung bei externen Aufenthalten, Haushalts- und Carearbeit [...] bei Nachmittags- und Abendveranstaltungen».

Konferenzen

«Wenn immer wieder darauf verwiesen wird, dass gute Wissenschaft mehr ausmacht als Forschung und Lehre, nämlich auch Vernetzung (die nicht selten bei Essen und Getränken stattfindet) und individuelle Weiterbildung (beispielsweise zum Verfassen von Projektanträgen, die wiederum die eigene Zukunft sichern können), dann müssten solche Kosten auch viel stärker anerkannt und abgegolten werden.» Konferenzen werden als wichtige Gelegenheiten zur Vernetzung und sozial gewinnbringend angesehen, die damit verbundenen Ausgaben sind finanziell aber für viele ein Problem. «Als Nachwuchswissenschaftler*in bin ich dazu angehalten, die Güte meiner Forschung auch durch eine Teilnahme an einschlägigen und internationalen Fachtagungen unter Beweis zu stellen. Diese Fachtagungen sind zumeist an Fachgesellschaften geknüpft, die auch jenseits ihrer Jahrestagungen das Jahr hindurch Arbeitsgruppen unterhalten, in denen wichtige Informationen, Kontakte, Stellenausschreibungen und CfPs zirkulieren und die für mich unverzichtbar sind. Eine Mitwirkung ist also in jedem Fall ratsam. Leider ist eine Mitgliedschaft bzw. Teilnahme jedoch in vielen Fällen mit der Zahlung von horrenden Mitglieds- und Tagungsgebühren verbunden, zzgl. Reise-, Unterkunft- und Verpflegungskosten.»

Was kostet das genau? «Ich habe im Jahr 2023 rund 3.200 Euro für Konferenzreisen selbst getragen.» «Für jeden Konferenzbesuch lassen sich erfahrungsgemäß pro Tag um die 30 bis 50 Euro an Ausgaben für Essen/Getränke rechnen, die einfach notwendig sind, aber nicht von den Pauschalen der Dienstreiseabrechnung gedeckt sind.» Manche können Dienstreisen gar nicht abrechnen: «Als Doktorand*in ohne feste Stelle wird von mir erwartet, dass ich Reisekosten zu Kolloquien und Symposien aus eigener Tasche zahle, ebenso Unterkunftskosten.» Eine Person zieht daraus die Konsequenz: «Ich werde aus finanziellen Gründen diesmal an keiner einzigen dieser Tagungen teilnehmen können und bin derzeit damit beschäftigt, dies vor Kolleg*innen zu entschuldigen, die (international) teils aus allen Wolken fallen, wenn sie hören, dass ich die Kosten privat hätte übernehmen müssen.»

Die Teilnahme an Abendessen nach Veranstaltungen ist eine akademisch-kollegiale Erwartung und eine Gelegenheit zur Vernetzung. «[D]ie Kosten für die Teilnahme an einem Dinner mit Kolleg*innen nach einer Ringvorlesung etc. (dem Hort der Kontaktpflege!)» stellen aber eine besondere Belastung dar: «In einem vollen Semester können schon mal vier bis fünf Vorträge allein an unserem Institut zusammenkommen. Wenn ich an allen teilnehmen und auch mit den Kolleg*innen zum Essen gehen möchte, kommen schnell zwischen 100 und 150 Euro zusammen. Es wird erwartet, dass eine angemessene Anzahl an Personen mit zum Essen geht und ich will ja auch dabei sein, um Kontakte zu knüpfen.»

Graduiertenkollegs sind in der Hinsicht besonders kostenintensiv. «Selbst zu zahlen sind regelmäßige Restaurantbesuche (15–20 Euro alle zwei Wochen

im Semester), die natürlich nicht verpflichtend sind, aber doch irgendwie dazugehören.» Auf Konferenzen ist es wichtig, auch «außerhalb der Veranstaltung in Kontakt mit Kolleg*innen zu kommen». Daraus entstehen Kosten für «Abendessen, Kaffeetrinken», für «halbformale Essensverabredungen mit Kolleg*innen und Vorgesetzten», und auch «für zu teuren Kaffee, weil Profs sich in teuren Cafés treffen wollen, und man sich nicht traut, die günstige Bäckerei vorzuschlagen.»

Aber «wie soll man [...] souverän an Konferenzen und Veranstaltungen teilnehmen, wenn man zögern muss, sich beim Konferenzdinner im Restaurant etwas zu bestellen?» Die soziale Herkunft, die Möglichkeit, sich Geld zu leihen oder Rücklagen zu bilden, erleichtert das Arbeiten in der Wissenschaft. «Ich schätze, dass ich seitdem mehrere tausend Euro pro Jahr für Reisen zu Konferenzen privat bezahlt habe. Ich habe mich auch immer gefragt, wie Leute das machen sollen, die keine Rücklagen haben bzw. bei denen die Verwandten nicht helfen können. Die können dann halt nicht zu Konferenzen fahren? Oder verschulden sich?»

Die Möglichkeit, in der Wissenschaft zu reüssieren, beruht nicht auf «Bestenauslese». Soziales und finanzielles Kapital überlagern sich. Das betrifft auch die «Kleiderordnung» in der Academia. «Natürlich bleibt es jedem*jeder selbst überlassen, wie er*sie sich in der Lehre, im Büro, auf Konferenzen etc. kleiden möchte.» Zugleich ist «ein förmlicher, durchaus erlesener Kleidungsstil im akademischen Kontext» üblich, «dessen Kosten wir natürlich selbst aufbringen müssen». «Ich habe mir zum ersten Mal im Leben einen neuen Rollkoffer gekauft wegen der ständigen kurzen Reisen, und weil ein Hemd aus dem Rucksack zu zerknittert herauskommt, um es beim Vortrag auf einer Tagung zu tragen.»

Verwaltung und informelles Wissen

«Kurz gesagt, die Verwaltung ist ein Problem. Also habe ich die Teilnahmegebühr zähneknirschend überwiesen und erst Monate später über die Reisekostenstelle zurückerstattet bekommen.» Wenn es überhaupt die Möglichkeit gibt, Reisekosten erstattet zu bekommen, dann unter der Bedingung, der Universität einen Kredit zu geben: «Die Reisekostenstelle bearbeitet alles sehr langsam; ich warte jetzt seit 5 Monaten auf die Rückerstattung von 7.000 Euro.» *Same here*: «Es kann manchmal sein, dass Kosten übernommen werden, die Abrechnung und Auseinandersetzung mit der Verwaltung aber ziemlich aufwändig ist. Da kann es dann schon mal passieren, dass man den halben Tag an verschiedenen Abrechnungen und Begründungen sitzt, wenn eine eingereichte Abrechnung nicht anerkannt wurde.» Das kostet Arbeitszeit: «[A]lle kürzeren Archivreisen (z. T. nur ein, zwei Tage) habe ich selbst finanziert, da für mich der bürokratische Aufwand oft zu hoch war.» Und «die Bearbeitungszeit für Rückerstattungen beträgt im Schnitt acht Monate. Viele

kleinere Reisen im Rahmen von Feldforschung/Archivarbeit habe ich vor diesem Hintergrund aus eigener Tasche bezahlt, weil mir sonst Arbeitszeit an der Dissertation verloren geht.» Die Abrechnung «ist eine Mehrbelastung, bei der Kolleg*innen, die nicht so sehr auf das Geld angewiesen sind (und ich gehöre zu diesen), absolut privilegiert gegenüber solchen sind, die das vorgestreckte Geld einfach zurückbrauchen.» Zuweilen versuchen Professor*innen, soweit es geht, die bürokratischen Verfahren zu beschleunigen. «Meiner Vorgesetzten ist immer daran gelegen, dass ich verauslagtes Geld (z. B. Anschaffungen bis 500 Euro, Fahrt- oder Übernachtungskosten) so schnell wie möglich oder vorzeitig mit einem Abschlag von der Finanzverwaltung der Uni zurückbekomme, sodass ich meine Ausgaben nicht so lange überbrücken muss.» Strukturelle Probleme löst das nicht. Im Finanzierungswesen ist viel informelles Wissen im Spiel, das im schwierigen Macht- und Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich Personen auf befristeten Qualifikationsstellen befinden, zum Einsatz kommen kann. «Auf meine Antwort, dass ich dachte, das würde intern verbucht werden, wurde mir signalisiert, dass das ja selbstverständlich sei, dass das nicht gemacht würde, und wie naiv ich doch sei; aber ich bekam auch das Angebot, das Geld privat (!) vorgestreckt zu bekommen, falls es bei mir knapp wäre. Obwohl es eine recht große Summe war, mit der ich nicht geplant hatte, wollte ich dieses Angebot nicht annehmen, weil ich die Idee, privat Geld von Arbeitskolleg*innen in einem Machtgefälle geliehen zu bekommen, als Grenzüberschreitung empfunden habe.» Implizites Wissen zu dokumentieren, könnte hilfreich sein, aber entweder es fehlt den Kolleg*innen in der Verwaltung die Zeit dafür, oder mit informellem Wissen werden unausgesprochene Machtverhältnisse zwischen Wissenschaftler*innen einerseits und Mitarbeiter*innen in der Verwaltung andererseits ausagiert. Bürokratie soll Gleichbehandlung gewährleisten, reproduziert aber zugleich Hierarchien, und das trifft diejenigen mit den schlechtesten Stellen am stärksten.¹⁵ «Ob anderweitige Finanzierung durch die Uni oder Ähnliches möglich wäre, ist mir nicht bekannt, kommuniziert wurde das auf jeden Fall nicht. Und Nachfragen traut man sich oft nicht, da man dann schräg angesehen wird, wenn man mit dem hiesigen Usus nicht vertraut ist.» Umgekehrt sollte gelten: «Die Uni weiß doch, wie wenig ich verdiene; woher sollte ich so viele Ersparnisse haben?»

Arbeits- und Publikationsmittel

«Ich habe das Glück, Arbeitsgerät (Laptop) gestellt zu bekommen.» Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, aber manchmal ist es nur Glück, wie in einem Fall, in dem «der Lehrstuhl über ausreichend Mittel verfügt und etwa der Laptop über Drittmittel abgerechnet werden konnte. Bei Stellenwechseln haben die Universitäten teilweise Monate gebraucht, um mir einen Dienstrechner zur Verfügung zu stellen.» Tatsächlich bezahlen manche Universitäten keine Arbeitsgeräte mehr: «An unserer Uni gab es zur Einstellung ein Arbeitsmittelbudget

¹⁵ Vgl. Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: Bürokratie und Staatsreform: Warum alles immer komplizierter wird, *Zeit online*, 5.5.2025, [zeit.de/kultur/2025-04/buerokratie-staatsreform-debatte-verwaltungs-gesetze-regulierung](https://www.zeit.de/kultur/2025-04/buerokratie-staatsreform-debatte-verwaltungs-gesetze-regulierung) (12.11.2025).

von 1.000 Euro, wovon sich gerade mal ein vernünftiges Notebook kaufen lässt, Apple-Produkte waren ausgeschlossen. Adapter, externe Laufwerke musste ich selbst besorgen. Dieses Budget wurde mittlerweile komplett gestrichen und neue Mitarbeitende müssen alles komplett selbst finanzieren.» Dieser Missstand ist auch von Professuren nicht vollständig auszugleichen, denn «das Problem ist, dass sie [die Vorgesetzte] selbst mit ihrer W2-Professur nur über ein begrenztes Budget verfügt, was sie mir auch kommuniziert und offenlegt».

Die Publikation der Dissertation ist ein großer Kostenfaktor zu einem Zeitpunkt, an dem die Wenigsten eine Stelle mit ausreichend finanziellen Mitteln haben. «Vor dem Druckkostenzuschuss für meine Diss graut es mir jetzt schon! Obwohl in Gesprächen gerne und immer wieder auf mögliche Stipendien oder Zuschüsse durch Externe (DFG, DAAD usw.) verwiesen wird, sind diese Möglichkeiten für die Mehrheit der Menschen in der Qualifikationsphase am Ende doch keine reale Option.» Und das betrifft nicht nur die Dissertation: «Dass Beiträge zu Sammelbänden und Fachzeitschriften nicht vergütet werden, ist ebenfalls an der Tagesordnung und fragwürdig, vor allem wenn große Verlage damit Geld verdienen und die Forschungsergebnisse über teure Lizenzen an Bibliotheken verkaufen.» Für Publikationen und das Publizieren muss doppelt und dreifach bezahlt werden. «Ich finde es eine Schweinerei, dass wir unbezahlte oder mit öffentlichen Mitteln finanzierte Arbeit leisten, die dann von privaten Verlagen weiterverwertet wird, wofür wir dann obendrauf erneut unser eigenes Geld oder öffentliche Gelder (Zuschüsse) hinblättern müssen.»

Schluss

Aus diesen Berichten lassen sich verdichtete Problemlagen ablesen, wie die Finanzierung von Konferenzreisen und alle Kosten, die bei der wissenschaftlichen Vernetzung entstehen. Diese Kosten der Wissenschaft werden individuell getragen, von Menschen, deren Einkommen teilweise unterhalb der Armuts-grenze liegt, was Fragen nach dem strukturellen Klassismus der Wissenschaft aufwirft, der durch diese Lage perpetuiert und verstärkt wird. Nach einer Phase der Öffnung der Hochschulen in den 1970er Jahren und der Gründung von mittlerweile abgeschafften Gesamthochschulen sind die Zugänge zur Wissen-schaft wieder exklusiver geworden.¹⁶ Aufgrund des Wissenschaftszeitvertrags-gesetzes, das unterhalb der Professur zu 79 Prozent befristeten Verträgen geführt hat,¹⁷ sind Umzüge oder Pendeln sowie die Vereinbarkeit der (Qualifika-tions-)Stelle mit Care-Aufgaben ein großes Thema. Die Problematik prekärer wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse ist hinlänglich beschrieben und besprochen worden – bisher ohne greifbares Ergebnis. «Eigentlich absurd, dass ich das mache», erkennen nicht wenige wissenschaftliche Mitarbeiter*innen auf befristeten Teilzeitstellen. Finanzielle Planungssicherheit ist offensichtlich kein Grund, die Arbeit in der Wissenschaft zu wählen. Warum machen wir das mit? «[E]s macht echt viel Spaß, ich arbeite in einem unglaublich freundlichen Team

¹⁶ Besonders in Fächern wie Medienwissenschaft, mit denen oft eine weniger klare Vorstellung einer konkreten Berufstätigkeit verbunden ist.

¹⁷ Konsortium BuWiK 2025: Statistische Daten und Forschungsbe-funde, 124.

und mag den Kontakt zu den Studierenden.» Es wird erwartet, diese Widersprüche auszuhalten, zu akzeptieren und die Kosten der Wissenschaft auszulegen oder privat zu zahlen. Die Institution sollte ihre Angehörigen und die, die es werden wollen, aber halten: Denn die Homogenität oder Re-Homogenisierung des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen führt zu einer Homogenität wissenschaftlichen Wissens bzw. verhindert eine Diversifizierung von Standpunkten. Aus einer medienwissenschaftlichen Perspektive sollte evident sein, dass jedes Wissen situiert ist und nicht losgelöst werden kann von den Forschenden und Lehrenden mit ihren sozialen und kulturellen Erfahrungen, die sich auch bei der Auswahl oder eben Vernachlässigung bestimmter Forschungsthemen zeigen.

Die Erkenntnis, dass Universitäten soziale Ungleichheiten und rassifizierende Ausschlüsse nicht nur reproduzieren, sondern auch verschärfen, hat Ansätze wie die Critical University Studies dazu gebracht, dem Versprechen eines sozialen Aufstiegs durch Bildung, wie sie etwa auch die deutsche Initiative Arbeiterkind.de vertritt,¹⁸ keinen Glauben mehr zu schenken. Während ein kritischer Diskurs, wie wir ihn hier führen, noch Teil akademischer Logiken ist, treten die Abolitionist University Studies der Akkumulation von Schulden und Wissen mit einer Imagination von Universität entgegen, die auf Relationalität und Transformation setzt.¹⁹ Auch unser Beitrag zeigt einmal mehr, dass Veränderungen dringend nötig sind, auch wenn es keine Anzeichen gibt, die Grund zur Hoffnung böten. Es bleibt die Erkenntnis, dass wir mehr in die Institution investieren – finanziell, psychisch und physisch –, als sie in uns. Oder wie eine Person als Antwort auf unsere Umfrage formuliert: «The institution still won't love me back, I guess.»

¹⁸ Für einen kritischen Kommentar zur unpolitischen Herangehensweise von Arbeiterkind.de vgl. Andreas Kemper: Deren Angst vor uns. Politische Selbstorganisation an Hochschulen, in: Seeck, Theißl (Hg.): *Solidarisch gegen Klassismus*, 198–208, hier 204.

¹⁹ Aus einer Schwarzen Perspektive in Bezug auf die USA vgl. Zach Schwartz-Weinstein u. a.: Abolitionist University Studies: An Invitation, in: *Viewpoint Magazine*, 19.1.2022, viewpointmag.com/2022/01/19/abolitionist-university-studies-an-invitation (14.11.2025); David L. Clark: Abolish the University: Build the Sanctuary Campus, in: *CR. The New Centennial Review*, Bd. 21, Nr. 3, 2021, 1–18, muse.jhu.edu/article/856145 (21.1.2026).